

Minijobs

ALEXANDER HERZOG-STEIN, CHRISTINA KLENNER, DOROTHEA VOSS

In der Arbeitswelt von morgen sollen Arbeitsverhältnisse klaren Vorrang haben, in denen Frauen und Männer ein Existenz sicherndes Einkommen erwirtschaften und eine ausreichend soziale Absicherung gegen die Lebensrisiken erwerben können. Eine solche Arbeitswelt fällt nicht vom Himmel, sondern sie erfordert vonseiten der Politik und der Mitbestimmungsakteure eine klare Orientierung auf die anvisierten Ziele. Diese Ziele nicht aus den Augen zu verlieren, ist zugegebenermaßen kein einfaches Unterfangen, weil sie mitunter im Dickicht unterschiedlicher Interessenlagen zu verschwinden drohen.

Der steile Aufstieg von Minijobs im deutschen Beschäftigungssystem ist ein besonders gutes Beispiel dafür, wie sich im Einzelnen begründbare Praktiken verselbstständigen und immer weiter wegführen von zukunftsfähigen Lösungswegen für eine moderne Erwerbsgesellschaft: Denn warum – so könnte man zunächst fragen – sollen Rentnerinnen und Rentner oder Studierende nicht in steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigten Minijobs arbeiten können? Was ist dagegen einzuwenden, wenn Minijobs von sogenannten Dazuverdienerinnen und Dazuverdienern in Unternehmen anders behandelt werden als die „normale“ sozialversicherungspflichtige Beschäftigung? Warum soll an der kostenfreien Mitversicherung von Ehepartnern bzw. Ehepartnerinnen in der Krankenkasse und am Ehegattensplitting gerüttelt werden, wenn dadurch für ältere verheiratete Frauen soziale Härten vermieden werden können, die ihr Erwerbsleben unter dem Einfluss bisheriger Leitbilder und Anreizstrukturen gestaltet haben?

Solche Einzelinteressen lieferten immer wieder die Begründungen für den arbeitsmarktpolitischen Irrweg, der mit der Einführung und Reform von Minijobs eingeschlagen wurde. Dieser Irrweg hat verschiedene Facetten: In Minijobs werden existierende Lohnstandards faktisch massenhaft ohne Sanktionsandrohung unterlaufen. Die insgesamt 7,4 Mio. Minijobs werden damit für viele zur Niedriglohnfalle. Auch Minijobs im Nebenerwerb sind steuerlich und sozialversicherungsrechtlich begünstigt und damit staatlich subventioniert, was arbeitsmarktpolitisch nicht zu rechtfertigen ist. Frauen erhalten über die Minijobregelung Signale, die diametral dem entgegenstehen, was der Staat ansonsten von ihnen erwartet: Frauen sollen ebenso wie Männer ihre Lebensgrundlage eigenständig erwirtschaften. Die Aktivierungspolitik am Arbeitsmarkt, die Einstandspflichten von Frauen im Rahmen von Bedarfsgemeinschaften, das neue Unterhaltsrecht sowie die reformierte Hinterbliebenerversorgung orientieren klar auf die eigenständige Existenzsicherung auch von Frauen. Dagegen legt die Minijobregelung in Verbindung mit dem deutschen Steuer- und Abgabensystem weiterhin nahe, dass die weibliche Zweitverdienerin nur eine Teilzeitarbeit mit geringem Stundenumfang im Rahmen eines Minijobs aufnimmt, was eine eigenständige finanzielle Lebensgestaltung explizit ausschließt. Daran ändert auch die von der Bundesregierung aktuell angedachte erneute Reform der Mini- und Midijobregelungen nichts, nach der die Verdienstgrenzen in Mini- und Midijobs angehoben werden sollen.

Minijobs haben im Zusammenspiel mit fehlenden verbindlichen Lohnuntergrenzen, Arbeitsmarktderegulierung und einer erheblichen Marktmacht von Arbeitgebern in weiten Teilen des Dienstleistungssektors die Verdrängung von vollwertiger Beschäftigung und die starke Auffächerung der Lohnverteilung im unteren Entgeltbereich maßgeblich befördert. Minijobs sind damit ein Treiber von sozialer Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft.

In den Beiträgen dieses Hefts werden Minijobs als Ursache und Ausdruck von Schief lagen auf dem deutschen Arbeitsmarkt analysiert. Minijobs zeugen von einer wenig gelungenen Integration gestiegener Erwerbsorientierungen von jüngeren und gut ausgebildeten Frauen. Für die Vereinbarkeit von Fürsorge- und Erwerbsarbeit sind Minijobs allenfalls Notlösungen. Minijobs können zu Beginn und am Ende des Erwerbslebens etwas Spielraum bei knapper Kassenlage verschaffen, weisen jedoch auch auf erzwungene Erwerbstätigkeit aufgrund eines schwächer werdenden Sozialstaats hin. Minijobs spielen nachweislich in prekär-diskontinuierlichen Erwerbsbiografien eine große Rolle. Nicht zuletzt zeigt die deutliche Lohndiskriminierung von Transferbezieherinnen und Transferbezieher, die im Minijob arbeiten, dass besonders die Schwächsten am Arbeitsmarkt über Minijobs in Niedriglohnfallen geraten.

Die in diesem Schwerpunktheft präsentierten Analysen und Praxisberichte leisten einen weiteren Beitrag zu dem sich seit einiger Zeit immer deutlicher abzeichnenden Konsens in Wissenschaft und Gesellschaft, der die Minijobregelung kritisch beurteilt. In ihrer Gesamtheit sind sie ein Plädoyer für eine Umkehrung der Perspektive: Wenn die Ursachen für soziale Ungleichheit im Beschäftigungssystem beseitigt werden sollen, so muss eine Politik, die kurze Teilzeit ohne soziale Sicherung aktiv fördert, der Vergangenheit angehören. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

ALEXANDER HERZOG-STEIN, Dr., ist Wissenschaftler im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ alexander-herzog-stein@boeckler.de

CHRISTINA KLENNER, Dr., ist Wissenschaftlerin im WSI in der Hans-Böckler-Stiftung.

@ christina-klenner@boeckler.de

DOROTHEA VOSS, Dr., ist Referatsleiterin in der Abteilung Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung.

@ dorothea-voss@boeckler.de